

Wie sprechen wir miteinander, wie führen wir Debatten, wie gelingt konstruktiver Streit um gesellschaftspolitische Themen? Wie haben sich Debatten und Diskurse durch das Internet und die Neuen Medien verändert? Gibt es »rote Linien«, die nicht überschritten werden dürfen? WEITER BILDEN blickt auf die Rolle der Erwachsenenbildung in diesem für unsere Demokratie so außerordentlich wichtigen Feld.

# weiter bilden

DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung

# DEBATTEN

**die** Deutsches Institut für  
Erwachsenenbildung  
Leibniz-Zentrum für  
Lebenslanges Lernen

**wbv**

**#Demokratie**  
Was kann, darf, muss politische  
Bildung für Erwachsene?

**Die Offene Gesellschaft**  
VHS als Lernort und Forum  
öffentlicher Debatten

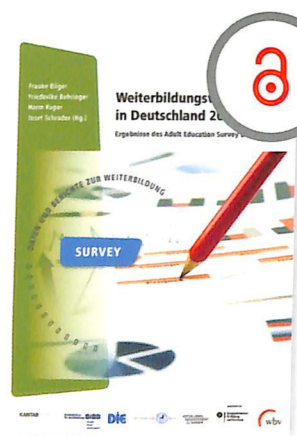
**Digitale Werteordnung**  
Digitale Diskurse zwischen Parti-  
zipation und Konfrontation





# Bildung und Lernen im Erwachsenenalter

Der Bericht liefert im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) einen Beitrag zur Trendberichterstattung für die EU über die Bildungsbeteiligung Erwachsener auf der Basis einer persönlichen Befragung von über 7.700 Personen.



Frauke Bilger, Friederike Behringer, Harm Kuper, Josef Schrader (Hg.)

## Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2016

Ergebnisse des Adult Education Survey (AES)

DIE Survey. Daten und Berichte zur Weiterbildung 2017, 300 S., 49,90 € (D)

ISBN 978-3-7639-1193-6

Kostenloser Download: [wbv-open-access.de](http://wbv-open-access.de)

wbv Media GmbH & Co. KG

Telefon 0521 91101-0 · E-Mail [service@wbv.de](mailto:service@wbv.de) · Website [wbv.de](http://wbv.de)



VORSÄTZE



PETER BRANDT  
Herausgeber

## Liebe Leserinnen & Leser,

stellen Sie sich einen Donnerstag im September 1989 vor, als Hans-Ulrich Wehler im Rahmen einer mehrmonatigen Tournee seinen Essay »Entsorgung der deutschen Vergangenheit?« in der Volkshochschule Langenhagen vorstellt! Spätestens hier ist die Debatte zum Historikerstreit auch in Einrichtungen der Erwachsenenbildung angekommen. Angekündigt ist die gebührenfreie Abend-Veranstaltung mit dem Hinweis auf das »polemische Temperament, über das [Wehler] als Debattierer verfügt«. Der renommierte Historiker findet sich im Programmheft auf einer Doppelseite mit Angeboten zum Zukunftsforscher Robert Jungk, der wie Wehler persönlich referiert, und Hannah Arendt, in deren Werk aus verständlichen Gründen eine andere Person einführt. – Sind das Langenhagener Programm im Allgemeinen und der Wehler-Abend im Speziellen gelungene Beispiele dafür, wie gesellschaftliche Debatten in die Praxis der Erwachsenenbildung Einzug halten können?

Nun, ich muss gestehen, dass ich die Ereignisse lediglich aus dem Online-Programmarchiv des DIE rekonstruiere und daher nicht sicher sagen kann, ob die Wehler-Veranstaltung überhaupt stattgefunden hat, geschweige denn, wer und wie viele dort hingegangen sind. Aber der Verdacht liegt nahe, dass sich ein feuilletonerprobtes Publikum eingeladen gefühlt und eine mehr oder weniger muntere Diskussion erlebt oder sogar belebt hat. Neben Langenhagen finden sich in sechs weiteren Einrichtungen Angebote, die auf den

Historikerstreit Bezug nehmen. Sechs von fünfzig im Archiv vertretenen Volkshochschulen – das ist nicht einmal ganz wenig.

Warum beginne ich diese Ausgabe von WEITER BILDEN mit diesem Beispiel? Weil sich hier spannende Fragen anschließen zum Verhältnis von Erwachsenenbildung und Debatte(n): Ist es allgemein Aufgabe von Weiterbildungseinrichtungen, gesellschaftliche Debatten in Bildungsangeboten zu bearbeiten? Kann es gelingen, hier einen gesellschaftlichen Querschnitt zu erreichen? Wäre das überhaupt eine berechtigte Erwartung? Welche anderen Möglichkeiten gibt es, Debatten in der Praxis der Erwachsenenbildung zu spiegeln? Sollten oder könnten Dozentinnen und Trainer Debatten aufgreifen, wo es um ganz andere Themen geht? Steht die #MeToo-Debatte um Machtverhältnisse und sexuellen Missbrauch vielleicht plötzlich im Raum, wo in der kulturellen Bildung die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks in Konflikt gerät mit der für andere schmerzhaften Darstellung von Unterdrückung der Geschlechter? Wird die Debatte darüber, ob der Islam zu Deutschland gehört, nicht ganz praktisch virulent, wo Teilnehmende muslimischen Glaubens Rücksichtnahmen auf religiöse Gepflogenheiten einfordern? Wie wichtig ist es, Menschen ganz unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Bildungsstand zu befähigen, an Debatten teilzunehmen? Wäre dies unter den Bedingungen eines Strukturwandels der Öffentlichkeit, zumal unter dem Vorzeichen der Digitalisierung, nicht sogar eine professionelle Pflicht? Mit dem Themenschwerpunkt »Debatte« will das Heft auf diese Fragen die eine oder andere Antwort versuchen. Ich wünsche Ihnen eine anregende, diskursermöglichende Lektüre!



## AGENDA

### ANBLICK

8–9

### STICHWORT

10–11

## Debatten – Lebenselixier der Demokratie

BENEDIKT WIDMAIER

### GESPRÄCH

12–15

## »Diskursfähigkeit erwirbt man im Diskurs«

MIT MARIE BATZEL & ROLF ARNOLD

### BEITRÄGE

16–19

## #Demokratie

Was kann, darf, muss politische  
Bildung für Erwachsene?

THOMAS KRÜGER

20–24

## Die Offene Gesellschaft braucht neue Freunde

Volkshochschule als  
öffentlicher Lernort und Forum  
öffentlicher Debatten

SUSANNE MAY

25–29

## Plädoyer für eine digitale Werteordnung

Digitale Diskurse  
zwischen Partizipation und  
Konfrontation

CAJA THIMM

32–35

## Wie umgehen mit »rechts«?

Verschiebung politischer  
Koordinaten und die »roten Linien«  
in der politischen Bildung

HELMUT BREMER

### TAFELBILD

30–31

### EINBLICK

36

## »Und jetzt sind Sie dran!« – das Philosophische Café

MARKUS MELCHERS

### NACHFRAGE

37

## Ulrich Heinemann

### VORSÄTZE

3

### TICKER

6–7

### LERNORT

40

## Bibliothek Sainte-Geneviève

### TAGUNGSMAPPE

41–43

## Fachtagung zum geplanten Berliner WBG ABCami-Abschlusskonferenz in Berlin

## Raumarrangements für Lernen

## #Weiterbildung digital

## 16. Werkstatt Forschungsmethoden

### AUSLESE

44

## Unwahr schlägt wahr

### NEUE MEDIEN

45–47

## AGENDA

### KALENDER

47

### HAUSPOST

48–51

### IMPULS

52–55

## Entwicklungsdienst als Lernort

Ein innovativer Blick auf  
das Lernen in der internationalen  
Entwicklungszusammenarbeit

LUTZ SCHRADER

### RÜCKMELDUNG

56

### FINGERÜBUNG

57

## Sabine Schwarz

### FUNDSTÜCK

58

weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung  
25. Jahrgang • € 15,90  
www.die-bonn.de/weiter-bilden  
Begründet 1993 als DIE Zeitschrift für Erwachsenen-  
bildung von Prof. Dr. Ekkehard Nuisl.

### HERAUSGEBER

PROF. DR. JOSEF SCHRADER  
DR. PETER BRANDT  
Deutsches Institut für Erwachsenenbildung –  
Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE)

### REDAKTION

JAN ROHWERDER (JR, verantw. Redakteur)  
JULIA LYSS (JL, Redaktionsassistentin)  
JOLANTA MAZUR-SCHWENKE (JM, Redaktions-  
assistentin)

### REDAKTIONSGRUPPE

DR. MARIE BATZEL (VHS Neuss)  
PROF. DR. ELISABETH M. KREKEL (Bundesinstitut  
für Berufsbildung Bonn)  
PROF. DR. HENNING PÄTZOLD (Universität  
Koblenz-Landau)  
DR. JOHANNES SABEL (Katholisches  
Bildungswerk Bonn)  
WALTER WÜRFEL (Bundesverband der  
Träger beruflicher Bildung)

### REDAKTIONSANSCHRIFT

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung  
Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V.  
Heinemannstr. 12–14, 53175 Bonn  
www.die-bonn.de  
weiter-bilden@die-bonn.de

### GESTALTUNG & LAYOUT

CHRISTINE LANGE Visuelle Kommunikation, Berlin  
www.christinelange.com

### BEZUGSBEDINGUNGEN

Abonnement (4 Ausgaben jährlich): € 49,–  
ermäßigtes Abonnement für Studierende: € 39,–  
(jew. zzgl. Versandkosten), bitte gültige Studien-  
bescheinigung beilegen. Das Abonnement  
verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr,  
wenn es nicht bis zum 15. November des Jahres  
gekündigt wird.

### ANZEIGEN

sales friendly Verlagsserviceleistungen, Bettina Roos  
Pfaffenweg 15, 53227 Bonn  
Tel. 0228 97 898-0, info@sales-friendly.de

### HERSTELLUNG, VERLAG UND VERTRIEB

wbv Media GmbH & Co. KG  
Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld  
service@wbv.de  
www.wbv.de/weiter-bilden

Best.-Nr. WBDIE1802, ISSN 2568-9436

DOI: 10.3278/WBDIE1802W

© 2018 WBV MEDIA

Nachdruck nur mit Genehmigung durch den Verlag.  
Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

## Debatte

Debatten sind das »Lebenselixier der Demokratie« – so überschreibt Benedikt Widmaier sein »Stichwort«. Damit Debatten und gesellschaftliche Diskurse einlösen können, was ihnen an Demokratie stärkender, fördernder, gar schaffender Wirkung nachgesagt wird, reicht es nicht aus, die eigene Meinung kundzutun, zu posten oder zu tweeten. Dies gilt besonders in den sozialen Medien, so dass Caja Thimm eine »digitale Werteordnung« fordert. Dass wir Räume für konstruktiven Streit benötigen (Thomas Krüger) und gleichzeitig ausloten müssen, ob und wo »rote Linien« zu ziehen sind (Helmut Bremer), ist keine leichte Aufgabe. Dass sich aber die Erwachsenenbildung dieser Aufgabe stellt und die Diskursfähigkeit der Menschen fördert (Marie Batzel und Rolf Arnold im Gespräch), ja dass sie sogar prädestiniert dafür ist, öffentliche Debatten mitzugestalten (Susanne May), zeigt diese Ausgabe von WEITER BILDEN.





## »Es kann gelingen, die öffentliche Debatte nach- haltig zu gestalten.«

vieler Leute sind, wenn zu aktuellen Themen kontroverse Debatten angeboten werden. Volle Säle. Große Neugierde. Aber nicht in den politischen Parteien« (Ude, 2017, S. 20). Die nähere Untersuchung dieses Missverhältnisses zwischen gestiegenem öffentlichen Interesse am politischen Themen, Diskursen und Kontroversen einerseits und den aus der Sicht des Autors selbstbezüglichen, defensiven und mutlosen Binnendiskursen der Parteien andererseits greift Ude ausführlich auf.

Schließlich möchte ich ein neues Format vorstellen, das sich mit Erfolg an ein junges Publikum wendet. Bereits im Sommer 2017 kam eine Gruppe Jugendlicher zusammen, die sich – angeregt durch das Philosophie-Programm der MVHS – mit philosophischen Fragen beschäftigen wollte. Schnell war klar, dass die Volkshochschule der geeignete Ort sein könnte, um in freier Weise über aktuelle Themen mit jungen Leuten philosophisch zu diskutieren. Mit dem *Menon-Projekt* erinnert die Volkshochschule an einen bedeutenden Anfang der Philosophie vor mehr als zweitausend Jahren. Der Philosoph Sokrates führte damals durch geschicktes Fragen seinen jungen Gesprächspartner Menon zum selbstständigen Denken. Von ihrem Ursprung her ist Philosophie nicht so sehr eine Summe kluger Informationen, sondern das Aufmerksam-Werden auf Probleme, die Klärung der Begriffe und der Austausch begründeter Argumente. Der Anspruch der Dozenten und Dozentinnen des *Menon-Projektes*, die selbst Philosophie studieren, ist es, in dieser Weise mit den Jugendlichen über aktuelle Themen wie »Wozu brauchen wir Demokratie?« oder »Lasst mich mit eurer Politik in Ruhe« in ein sokratisches Gespräch zu kommen.

Das auch unter jungen Leuten vorhandene und insgesamt deutlich gestiegene öffentliche Interesse an Diskursen und Kontroversen über öffentliche Themen ist für das öffentliche Forum, das die Volkshochschule bietet, nicht zuletzt auch mit Blick auf das anstehende Jubiläumsjahr 2019, eine große Chance. Die Besinnung auf Immanuel Kants Credo vom öffentlichen Gebrauch der Vernunft ist dabei aktueller denn je.



Aengenvoort, U. et al. (2011). *Die Volkshochschule. Bildung in öffentlicher Verantwortung*. Bonn: DVV.

Bauer, T. (2018). *Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt*. Stuttgart: Reclam.

Dahrendorf, R. (1974). *Pfade aus Utopia: Arbeiten zur Theorie und Methode der Soziologie* (3. Aufl.). München: Piper.

Habermas, J. (1975). *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Neuwied/Berlin: Luchterhand.

Habermas, J. (2008a). Ein avantgardistischer Spürsinn für Relevanzen. Die Rolle des Intellektuellen und die Sache Europas. In ders., *Ach Europa (Kleine politische Schriften XI)* (S. 77–87). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Habermas, J. (2008b). Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie. In ders., *Ach Europa (Kleine politische Schriften XI)* (S. 138–191). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Kant, I. (1982). Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In W. Weischedel (Hrsg.), *Werkausgabe Bd. XI: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik 1* (S. 51–61). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

May, S. (2013). Öffentlichkeit als Gestaltungsaufgabe der Münchner Volkshochschule. In T. C. Feld, S. Kraft, S. May & R. Seitter (Hrsg.), *Engagierte Beweglichkeit. Weiterbildung in öffentlicher Verantwortung* (S. 33–47). Wiesbaden, Springer vs.

Möllers, C. (2008). *Demokratie – Zumutungen und Versprechen*. Berlin: Wagenbach.

Ude, C. (2017). *Die Alternative oder: Macht endlich Politik*. München: Knaus.



DR. SUSANNE MAY

ist Programmdirektorin und Geschäftsführerin der Münchner Volkshochschule (MVHS).

susanne.may@mvhs.de

Digitale Diskurse zwischen Partizipation und Konfrontation

# Plädoyer für eine digitale Werteordnung

CAJA THIMM

Wie debattieren wir in der digitalen Sphäre – und wie verändern diese neuen Formen gesellschaftlicher Debatten unsere Demokratie? Die Autorin skizziert einen Transformationsprozess hin zu einer »digitalen Gesellschaft« und fordert eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung um eine »digitale Werteordnung«.

Lange stellte sich die Frage nach einer digitalen Debattenkultur nur denjenigen, die sich intensiv im digitalen Raum bewegen und sich als »netizens«, also Netzbürgerinnen und -bürger, verstanden. Aber die zunehmende Rolle internetbasierter Kommunikation, die massive Ausbreitung der partizipativen Plattformen (»soziale Medien«) und die vermehrte Nutzung eben dieser Plattformen durch große Teile der Bevölkerung haben dazu geführt, dass sich Fragen nach einer »digitalen Diskursethik« nunmehr für viele Menschen stellen. Dazu begetragen haben vor allem negative Phänomene wie *Hate Speech*, *Fake News* und verbaler Rassismus, die vielen erst wirklich vor Augen führten, wie stark das Internet die Diskurskultur – und damit auch politische Kultur – bestimmen kann (Thimm, 2017).

Doch jenseits dieser Auswüchse wird inzwischen auch eher netzfernen Gruppierungen und Personen klar, dass im Netz eine neue Form von Öffentlichkeit entstanden ist – die digitale *Public Sphere*. Diese neue(n) digitale(n) Öffentlichkeit(en) haben in Bezug auf ihre Dynamiken, ihre Systematik und ihre Funktionalität jedoch mit den journalistisch kuratierten Massenmedien des vordigitalen Zeitalters wenig gemeinsam. Damit wird die Frage, was den öffentlichen Diskurs im Hinblick

auf demokratische Prozesse im Netzzeitalter auszeichnet und wie wir ihn als »digitale Citoyens« (Thimm, 2016) gestalten können, zu einer zentralen Herausforderung für die Demokratie.

## Diskursdynamiken im Netz

Mit dem Aufkommen der digitalen, interaktiven Medien und damit neuer Beteiligungsoptionen haben sich auch die Strukturen von Öffentlichkeit verändert. Die in den letzten Jahren entstandene Netzöffentlichkeit ist nicht mehr nur als ein intermediäres Geflecht zwischen Gesellschaft, politischem System und Organisationen (Jarren & Donges, 2011), sondern als ein interdependentes System von Öffentlichkeit, Teil- und Gegenöffentlichkeiten anzusehen. Dieser Wandel beruht vor allem auf einer zentralen Veränderung in der Technologie der Medienproduktion: Heute sind wir alle Medienproduzent/inn/en, die mit einem Mausklick weltweit Informationen und Meinungen publizieren können. Dieser kategoriale Umbruch, der mit dem Begriff »Web 2.0« umschrieben und mit dem Schlagwort »user-generated content« verbunden ist, wurde in den letzten Jahren



von einem weiteren Technologieschritt fortgeführt: dem *Social Web*, das für die große Mehrheit der Nutzer/innen vor allem aus Plattformen wie Facebook, Twitter oder Instagram besteht.

## »Die Massenmedien haben ihre Monopolstellung als Vermittler verloren.«

Ein bedeutsames Merkmal dieser Plattformen ist, dass sie die Strukturen gesellschaftlicher Öffentlichkeit verändern: »Sie brechen die Dominanz des Modus ›Massenkommunikation‹ und seiner institutionalisierten Formen, indem sie andere Modi, Arenen und Kontexte bereitstellen, die Kommunikationsinhalte für einen (potenziell) großen Personenkreis sichtbar und zugänglich machen« (Taddicken & Schmidt, 2017, S. 16). Vor allem große Anbieter wie Facebook oder Twitter ermöglichen durch ihre jeweils plattformspezifische Medienlogik (Thimm, Anastasiadis, & Einspänner-Pflock, 2018) einen weltweiten Austausch, der eine unabhängig von den traditionellen Verbreitungswegen eigenständige Öffentlichkeit ermöglicht.

Diese intensive Nutzung digitaler Plattformen hat Folgen für die politische Information, für politische Partizipation und damit auch für die Entwicklung von Demokratie. Denn obwohl die traditionellen Massenmedien wie Zeitung, Radio oder Fernsehen in Politik, Wirtschaft, Arbeit und Freizeit oder Bildung und Kunst auch heute noch allgegenwärtig sind, haben sie inzwischen ihre Monopolstellung als Vermittler zwischen politischen Akteur/inn/en der Zivilgesellschaft verloren. Das Internet übernimmt zunehmend die Funktion eines »digitalen Versammlungsortes« (Siedschlag, Rogg & Welzel, 2002, S. 89) und eröffnet auch für kleinteiligere Gruppeninteressen die Option zur Veröffentlichung.

Die Potenziale digitaler Medienangebote bieten dementsprechend auch für politisch motivierte Gegenkulturen – welcher Couleur auch immer – Chancen, ihre Interessen zu artikulieren. Grundsätzlich bilden Kommunikation und institutionalisierte Politik ein enges Geflecht zwischen der Vermittlungsfunktion nach außen (in der alltäglichen politischen Kommunikation gegenüber der Bürgerschaft), der Konstruktion neuer Zusammenhänge (bei Gesetzestexten) und der Selbstverständigung nach innen (in Fachdiskursen, Fraktionssitzungen oder Ausschüssen). Inzwischen nutzen auch

Politikerinnen und Politiker zunehmend soziale Medien wie Twitter oder Facebook, um sich in der Öffentlichkeit zu positionieren: So waren insgesamt 608 der 630 Bundestagsabgeordneten der 18. Wahlperiode auf mindestens einer Plattform aktiv. Am populärsten dabei war Facebook, das von 92 Prozent der Abgeordneten genutzt wurde, gefolgt von Twitter (61 %) und Instagram (31 %).<sup>1</sup> Damit eröffnen sich auch für die politische Beteiligung neue Wege der direkten Kommunikation zwischen Bürgerschaft, Zivilgesellschaft und den politischen Institutionen.

Solche Nutzungsoptionen haben in den letzten Jahren bei vielen Menschen die Hoffnung genährt, über soziale Medien mehr Einfluss auf die Gestaltung demokratischer Gesellschaftsformen zu bekommen. Politische und gesellschaftliche Entwicklungen wie der so genannte Arabische Frühling, die globale Occupy-Bewegung oder regionale und lokale Proteste von Bürgergruppen wie bei »Stuttgart 21« (Thimm & Bürger, 2013) belegen, dass das Internet für den demokratischen Artikulationsprozess zunehmend auch international und transnational beträchtliche Bedeutung hat. Aber insbesondere die digitalen Plattformen haben Techniken und Kulturen ihrer Verwendung herausgebildet, die aus demokratietheoretischen Perspektiven alarmierend sind.

### Zwischen Filterblasen, Echokammern und *Fake News*

Während die traditionelle publizistische Öffentlichkeit von professionellen journalistischen Recherche- und Selektionsprozessen und entsprechenden Agenda-Setting-Prozessen bestimmt wird, gilt dies für die digitale Öffentlichkeit nicht. Oft wissen wir weder um die Wahrheit der geschilderten Ereignisse noch etwas über Autor/inn/en oder Hintergründe. Angesichts der Tatsache, dass in den USA bereits 68 Prozent aller Netznutzer Nachrichten über die sozialen Medien beziehen und 38 Prozent sogar exklusiv (Shearer & Gottfried, 2017), stellt sich die Frage nach der inhaltlichen Selektion von Informationen mit neuer Schärfe. Während im Idealfall öffentliche Sphären frei von staatlicher Zensur und unabhängig von privaten Interessen sind, wird das für das Internet selbst von den überzeugtesten Netzutopisten nicht mehr angenommen.

Besonders im Blickfeld der Kritik stehen dabei vor allem Entwicklungen wie die Entstehung technisch selektierter Öffentlichkeiten durch Algorithmen, die Manipulation und Fälschung von Informationen in Form von *Fake News* und die massive Abwertung von Personen in Form von *Hate Speech*.

Die Macht von algorithmengesteuerter Information, kontrolliert über große Plattformen und Suchmaschinen, wurde

<sup>1</sup> www.bitkom.org

von Eli Pariser (2011) in seinem Modell der »filter bubble« detailliert beschrieben und kritisiert. Diese Algorithmisierung von Informationsflüssen ist nicht nur bei Google, sondern auch bei allen anderen Plattformen gängige Praxis und steuert das Nachrichtenmenü der einzelnen Person in Anpassung an deren digitale Aktivitätsprofile. Einher mit dieser algorithmisierten Einschränkung des Informationsnetzwerkes geht ein zweiter Filterprozess, der sich unter dem Begriff »Echokammer« etabliert hat. Anders als bei den Filterblasen haben hier die User jedoch selbst einen großen Anteil an der Einschränkung, indem sie über *Likes* oder *Shares* Präferenzen in ihrem Netzwerk aktiv markieren. Diese Aktivitäten führen dann zur Ausbildung von Gruppen Gleichgesinnter, die sich als fragmentierte Öffentlichkeit darstellen.

## »Besitzt das Modell von Habermas noch Geltungskraft?«

Das Phänomen der *Fake News* ist zwar aus der Propagandaforschung früherer Jahre bekannt, hat aber über die Digitalisierung eine völlig neue Dynamik erfahren (Kuhla, 2017). So können Falschmeldungen schnell und unkompliziert von allen verfasst oder (weiter-)verbreitet werden. Problematisch ist allerdings die Tatsache, dass sich falsche bzw. manipulierte Nachrichten schneller und weiter verbreiten als korrekte, wie eine große Studie von Vosoughi, Roy und Aral (2018) verdeutlicht hat. Zudem können Falschmeldungen zu einem erhöhten Misstrauen gegenüber Medieninformationen im Allgemeinen führen (Schultz et al., 2017). Dem amerikanischen Präsidenten dient der Begriff zur Verunglimpfung der kritischen Presse, was eine Unterscheidung von »echten« und »falschen« Nachrichten weiter erschwert.

Betrachtet man den medialen Wandel und die skizzierten strukturellen Veränderungen der Konstruktion von Öffentlichkeit und öffentlichen Diskursen, so stellt sich die Frage, ob das grundlegende Modell von Habermas für diesen digitalen Strukturwandel noch Geltungskraft besitzt (Habermas, 1992). Habermas sieht die Öffentlichkeit als den Ort an, an dem sich Habermas politische Meinungs- und Willensbildung (Input) der Bürgerinnen und Bürger einer Demokratie ereignen, die sich ihrerseits (rational) in öffentlichen Diskursen vollzieht und so kollektiv verbindliche Entscheidungen des politischen Systems (Output) legitimiert.

Dieses Modell der »deliberativen Demokratie« basiert maßgeblich auf der idealtypischen Prämisse, dass alle Mitglieder der Gesellschaft zu den für das Kollektiv wichtigen Themen Zugang haben, oder wie Habermas es formuliert: »Die Öffentlichkeit lässt sich am ehesten als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben; dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten« (Habermas, 1992, S. 436). Kennzeichnend für die deliberative Demokratietheorie ist vor allem die Legitimation politischer Entscheidungen durch einen gemeinschaftlichen Diskurs, durch den sich bei den Beteiligten politische Präferenzen herausbilden. Dieser Diskurs findet zwar auch im Netz statt, allerdings bilden sich zunehmend divergente Teilöffentlichkeiten, so dass eine gesamtgesellschaftliche, kollektive Meinungs- und Willensbildung erschwert wird.

Auch wenn die aufgelisteten Kritikpunkte mehrheitlich auf problematische Entwicklungen im Hinblick auf die Ausbildung demokratiefördernder Strukturen im Netz verweisen, so erscheint es doch unklug, die vielen Optionen, die das Internet für die politische Beteiligung nach wie vor bietet, völlig zu negieren. Besonders die Abwertung von technisch-algorithmisch oder durch Selbstselektion fragmentierten Öffentlichkeit(en) beachtet nicht, dass diese Form der kleineren Öffentlichkeit(en) als »Mini-Public« auch einen Raum für eigenständige Debatten darstellt und damit für die Demokratie einen wichtigen Stellenwert einnehmen kann (Thimm & Anastasiadis, 2017).

### Digitale Moderne als Dystopie

Betrachtet man die Perspektivierungen auf diese digitale Lebenswelt, die aktuell den Diskursrahmen bestimmen, so lässt sich eine deutliche Dominanz der Kritik am Digitalen konstatieren (aktuelle Übersicht bei Lovink, 2017). Kritisiert werden die Techniken, ihre Gefahren für Gesellschaft, Familie und Arbeit, und betont wird der Opferstatus des völlig ausgelieferten, ausspionierten und manipulierten Einzelnen. Vielfach scheint Einigkeit darüber zu bestehen, dass Dystopie, Disruption und Desillusionierung als zentrale Themen zu benennen sind. Besonders bedrohlich erscheint der Einsatz von Algorithmen: Der Facebook-Skandal um die Datennutzung durch »Cambridge Analytica« führte auch einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen, wozu ihre ganz persönlichen Daten genutzt werden können.

Entsprechend wird in der aktuellen Debatte um die Zukunft der digitalisierten Gesellschaft vor allem eine Form der digitalen Moderne entwickelt, die mehr und mehr die Gegenwart zur Hoffnung auf Demokratisierung, Wohlstand und Partizipation ist. Man warnt vor der unkontrollierten Sammlung



## »Die Welt erscheint im digitalen Kosmos gefangen.«

und Speicherung von personenbezogenen Daten, vor Manipulation durch mächtige, aber undurchsichtige Internetkonzerne oder Staats-Agenturen, erkennt umfassende Überwachung, Zensur und Gängelung, Schwerstkriminalität, Einflussnahme durch künstliche Intelligenzen und die Okkupation des Netzes durch Geheimdienste oder Großkonzerne.

Dabei wird diese Perspektive dadurch verschärft, dass die Welt in diesem digitalen Kosmos gefangen erscheint. Die digitale Übermacht, deren kulturpessimistische Überhöhungen den Unterton vieler Debattenbeiträge ausmachen, bildet die Grundlage der meisten Überlegungen zur »digitalen Moderne«. Fragt man nach den Gründen für diese Form der Auslegungen, so kann die Technikskepsis, die Menschen seit jeher befällt, wenn sie großer Umwälzungen gewahr werden, als eine (wenn auch nicht hinreichende) Erklärung dienen.

Fraglos ist, dass sich alle Gesellschaften auf dem Weg in die digitale Zukunft vielen noch ungelösten Herausforderungen gegenüber sehen, die dringend politischer Konzepte bedürfen. Zentral erscheint es daher, sich über die Werte zu verständigen, die in der »digitalen Lebenswelt« zu den zentralen ethischen Leitlinien gehören sollen.

### Plädoyer für eine digitale Werteordnung

Die skizzierten Strukturmerkmale des Digitalen verweisen darauf, dass wir uns in einem massiven Transformationsprozess befinden – dem »Metaprozess der Mediatisierung der Gesellschaft« (Krotz, 2007). Wie stark die Sorge ist, dass sich diese Mediatisierungsprozesse negativ auf gesellschaftliche Diskurse auswirken, zeigen erste politische Versuche der Regulierung der Netzöffentlichkeit in den sozialen Medien. Das vom Bundestag verabschiedete »Netzwerkdurchsetzungsgesetz« will die Plattformen dazu veranlassen, »offensichtlich strafbare Inhalte« innerhalb von 24 Stunden zu löschen. Andernfalls drohen Bußgelder bis zu 50 Millionen Euro. Kritiker sehen hier ein Demokratieproblem, da das Gesetz die die Gefahr birgt, dass im Zweifelsfall auch rechtmäßige Äußerungen gelöscht werden, um einem Bußgeld zu entgehen. Zudem werden eigentlich staatliche Aufgaben auf einen privaten Anbieter übertragen.

Das Gesetz soll also *Hate Speech* bekämpfen, geht aber gleichzeitig das Risiko ein, auch die Meinungsfreiheit zu gefährden. So treffend man gegen eine solchermaßen staatlich regulierte Netzöffentlichkeit argumentieren kann, so klar wird aber auch, dass das Internet ein zu mächtiges Element von Gesellschaft geworden ist, um es auf ewig von staatlichen Einflüssen frei zu halten. Nur stellt sich die Frage, wo und wie diese Eingriffe debattiert werden, wer an der Debatte teilnehmen darf und wie über die Eingriffe entschieden wird. Der Entwurf für ein Grundgesetz bzw. eine »Charta für das Netz« (<https://digitalcharta.eu/>) hat hier klare politische Positionen bezogen und Ziele verdeutlicht – es fehlt aber weiterhin die breite gesellschaftliche Erkenntnis der Notwendigkeit solcher Regelungen und zudem das Bewusstsein der persönlichen Verantwortung, die wir als digitale Staatsbürger/innen im Netz haben.

Für viele erscheint die Tragweite dieser Entwicklung nicht wirklich ersichtlich. Hieraus resultiert, so das Fazit aus der heutigen Sicht, ein dringendes Desiderat im Hinblick auf die Herausbildung einer »digitalen Werteordnung«, die die Fundamente für eine digitale Gesellschaft legen kann. Es erscheint gerade angesichts von Algorithmenmacht, *Fake News* und *Hate Speech* dringlich, die essenziellen ethischen und moralischen Linien, die uns in Zukunft prägen sollen, in breiteren Teilen der Bevölkerung zu diskutieren. Es bedarf einer Debatte in der Zivilgesellschaft, aber auch in Politik und Wirtschaft zu der Frage, wie wir im Netz leben, arbeiten, diskutieren und Politik machen wollen.

Wenn wir akzeptieren, dass es auf dem Weg zu einer digitalen Gesellschaft kein Zurück gibt, so kann die gemeinschaftliche Konsensfindung in Bezug auf eine digitale Werteordnung für unser Miteinander im Netz als eine der wichtigsten Herausforderungen der nächsten Jahre angesehen werden. Hier kommt der Erwachsenenbildung eine entscheidende Rolle zu, denn noch immer erscheint für viele Menschen in Deutschland das Internet als eine Art »Neuland«, das man aus der Ferne zwar zur Kenntnis nimmt und da, wo es praktisch erscheint, durchaus nutzt, aber nicht als Einflussfaktor auf die eigene Lebenswirklichkeit ansieht. Die massiven Umwälzungen, die für viele Menschen aus der Datafizierung<sup>2</sup> aller gesellschaftlichen Prozesse resultieren werden, sind für die große Mehrheit der Bevölkerung bisher kaum präsent. Dabei betreffen Themen wie digitale Gesundheit, Sicherheit, Mobilität bis hin zur Kriegsführung uns alle gleichermaßen.

Sieht man die Datafizierung als solchermaßen umfassend an, so wird auch die zentrale Rolle der Erwachsenenbildung

ersichtlich. Sie hat einerseits die Aufgabe, niedrigschwellige Informationen anzubieten und so diese Themen für große Teile der Bevölkerung zugänglich zu machen. Aber Erwachsenenbildung sollte auch heißen, Orte für Debatten und Auseinandersetzung anzubieten – im digitalen Raum, aber durchaus auch in Form tradierter Öffentlichkeit. Existierende Netzwerke zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik bilden hier eine wichtige Basis.

Erst wenn uns allen deutlich wird, dass das Internet nicht nur ein Ort für digitalen Konsum oder die Familienorganisation über WhatsApp ist, sondern auch der Ort für gesellschaftlich wichtige Debatten, wird digitale Öffentlichkeit für alle greifbar und unmittelbar.



DR. CAJA THIMM

ist Professorin für »Medienwissenschaft und Intermedialität« an der Universität Bonn und Koordinatorin und Sprecherin des NRW-Forschungsprogramms »Digitale Gesellschaft«.

thimm@uni-bonn.de



Cukier, K. & Mayer-Schönberger, V. (2013). The Rise of Big Data. In *Foreign Affairs* 92 (3), 28–40.

Habermas, J. (1963/1992). *Strukturwandel der Öffentlichkeit, Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Krotz, F. (2007). *Mediatisierung. Fallstudien zum Wandel von Kommunikation*. Wiesbaden: vs.

Kuhla, K. (2017). *Fake News*. Hamburg: Carlsen.

Lovink, G. (2017). *Im Bann der Plattformen. Die nächste Runde der Netzkritik*. Berlin: Transkript.

Pariser, E. (2011). *The Filter Bubble. What the Internet is hiding from you*. New York: Penguin.

Schultz, T., Jakob, N., Ziegele, M., Quiring, O. & Schemmer, C. (2017). Erosion des Vertrauens zwischen Medien und Publikum? *Mediaperspektiven*, (5/2017), 246–259.

Shearer, E. & Gottfried, J. (2017): *News use across social media platforms 2017*. Verfügbar unter [www.journalism.org/2017/09/07/news-use-across-social-media-platforms-2017](http://www.journalism.org/2017/09/07/news-use-across-social-media-platforms-2017)

Siedschlag, A., Rogg, A. & Welzel, C. (2002). *Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet*. Opladen: Leske und Budrich.

Thimm, C. (2016). Digitale Demokratie im Kreuzfeuer – der mühsame Weg zum Digitalen Citizen. In I. Pöttinger, R. Fries & T. Kalwar (Hrsg.), *Doing Politics – politisch agieren in der digitalen Gesellschaft* (S. 51–68). München: kopaed.

Thimm, C. (2017). Hate Speech und Shitstorms als digitale (Un-)kultur: Politische und persönliche Reaktionsformen auf Hass im Netz. *Merz – Zeitschrift für Medienpädagogik*, 61 (3), 52–58.

Thimm, C., Anastasiadis, M. & Einspänner-Pflock, J. (Hrsg.) (2018). *Media Logic(s) Revisited. Modelling the Interplay between Media Institutions, Media Technology and Societal Change*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Thimm, C. & Anastasiadis, M. (2017). Kernkonzepte der Kommunikationswissenschaft im Wandel – Digitale Öffentlichkeit zwischen Fragmentierung, Polymedia und »Mini-Publics«. In M. Beiler & B. Bigl (Hrsg.), *100 Jahre Kommunikationswissenschaft. Kommunikationswissenschaft als Integrationsdisziplin sowie Kommunikation im Wandel – Aktuelle Befunde* (S. 231–246). Konstanz: UVK.

Thimm, C. & Bürger, T. (2013). Digitale Partizipation im politischen Kontext – »Wutbürger« online. In M. Friedrichsen & R. A. Kohn (Hrsg.), *Liquid Democracy. Digitale Politikvermittlung – Chancen und Risiken interaktiver Medien* (S. 255–272). Wiesbaden: vs.

Vosoughi, S., Roy, D. & Aral, S. (2018). The Spread of True and False Online News. *Science*, 359, (6380), 1146–1151, DOI: 10.1126/science.aap9559